

Fareed Zakaria: Das Ende der Freiheit? Wieviel Demokratie verträgt der Mensch?

Biographie

Geboren wurde Fareed Zakaria 1964 in Mumbai. Er studierte Politikwissenschaften in Harvard und ist heute tätig als Journalist, Kolumnist und Herausgeber und war dabei u.a. tätig für das Magazin Newsweek International, die Washington Post, sowie für die Fernsehsender PBS und ABC.

Heute lebt er mit seiner Familie in New York City.

„Das Ende der Freiheit?“ ist sein drittes Buch und wurde inzwischen in eine Vielzahl von Sprachen übersetzt. Es behandelt Problemstellungen, denen sich Demokratien auf der ganzen Welt gegenwärtig ausgesetzt sehen.

Zentrale Thesen Zakarias

Z. sieht zwei kennzeichnende Tendenzen für die Politik des 20. Jahrhunderts: Die Reglementierung der Märkte auf der einen, die Dereglementierung der Demokratie auf der anderen Seite.

Sobald durch wirtschaftliche oder gesellschaftliche Dynamiken induzierte Probleme auftreten, ist es am Staat diesen entgegen zu steuern, so zumindest die allgemeine Auffassung. Die vom Staat gesetzten Maßnahmen zielten in der Folge meist darauf ab, den Markt zu reglementieren. Hinsichtlich der Demokratie verlief die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung: Gerieten die Staaten in Bedrängnis, kam es zu Zugeständnissen in Form von erweiterten Mitbestimmungsrechten. Als diese Maßnahmen zu weit getrieben wurden, musste erneut gegengelenkt werden: Die Reglementierung des Kapitalismus überforderte den Staat, weshalb staatliche Monopole aufgelöst, staatliche Betriebe privatisiert und Handelshemmnisse abgebaut wurden. Analog dazu wurden einzelne Institutionen vom Mitbestimmungsrecht ausgeschlossen, um der Schwerfälligkeit des demokratischen Modells beikommen zu können.

Zakaria optiert daher für ein System delegierter Demokratie, innerhalb dessen gewisse Funktionen von Institutionen erfüllt werden, die nicht direkt gewählt werden und von der Personalfuktuation auf höchster Ebene der Landespolitik nicht betroffen sind – somit also vom enormen Druck der Demokratie befreit sind. Z. meint, dass eine langfristig ausgelegte und damit effiziente Fiskalpolitik, unbedingt an unpopuläre Maßnahmen geknüpft ist, und somit in einem gänzlich demokratischen Umfeld nicht realisiert werden kann.

Als Beispiel führt Z. die Gründung unabhängiger Zentralbanken, wie etwa die US-Bundesreserve, an. Damit wurde die wichtigste Kontrollfunktion der Wirtschaftspolitik an eine nicht gewählte Instanz übertragen.

In Europa sieht er diesen Delegationsprozess vor allem in der EU verwirklicht, die, seiner Ansicht nach, ihre größten Erfolge der relativen politischen Isolation ihrer Institutionen verdankt.

Z. betrachtet es, in Anbetracht der enormen Komplexität unserer Welt, als unmöglich, dem Volk die Entscheidung über so bedeutende Maßnahmen, wie die Änderung von Zinssätzen und Kartellgesetzen, zu überlassen, da diese ein hohes Ausmaß an Kenntnis über und Verständnis für die Materie erfordern.

Ein Kernproblem sieht er in diesem Zusammenhang darin, dass dem Verwaltungsapparat die demokratische Legitimation fehlt – daraus entsteht im Volk ein Entfremdungsgefühl, das von Populisten der Marke Haider oder Le Pen dann instrumentalisiert wird. Dass diese „entfremdeten“ Institutionen aber solide Arbeit leisten können, liegt laut Z. aber vor allem in ihrer Distanz zur Tagespolitik begründet. Von Seiten des amerikanischen Volkes erfahren aber, und dies streicht Z. wiederholt besonders heraus, eben jene Institutionen, die nicht direkt gewählt werden, wie eben der oberste Gerichtshof, die Bundesreserve oder die Armee, das höchste Maß an Vertrauen. Z. sieht darin nur einen weiteren Beleg für den Verdruss des Volkes über die Demokratie – es mangelt offenbar am Vertrauen darauf, dass der Wille des Volkes auch immer das Beste für die Gesellschaft ist.

Vonseiten der Wissenschaft erwartet Zakaria keine Hilfe: „Politosophen“ verstricken sich zu sehr in Lobliedern auf die Souveränität der Völker. Direkte Mitsprache wird überall gefordert, außer an den Universitäten, die er als Feudalsysteme sieht. Es stehen sich also zwei konträre Tendenzen gegenüber: Einerseits das Interesse daran die hierarchische und damit überaus sichere Struktur der universitären Wissenschaft – die ihren Wert immer noch zu einem großen Teil aus Exklusion und Separation bezieht – andererseits aber die Idealisierung und Einforderung des Volkswillens. Dies erweckt durchaus den Eindruck, als traute man den Menschen einerseits Vieles zu, hohe Bildung sollte aber dennoch eher einem kleinen Teil der Bevölkerung vorbehalten sein – Zakaria trifft hier einen wunden Punkt und äußert legitime Kritik.

Als Beispiel dafür, wie positiv sich die Delegation schwieriger Teilbereiche auswirkt, nennt Z. die Mechanismen moderner Wirtschaft, in der das Übertragen von Verantwortung eine

unumgängliche Praxis geworden ist. Das letzte Wort aber, haben die Anteilseigner; läuft die Entwicklung entgegen ihren Vorstellungen, können sie ihr Veto einlegen.

Zakarias Forderung lautet: „Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Demokratie.“ Er bezieht sich auf Alan Blinder, einen Professor in Princeton, der auch zweimal im Staatsdienst gestanden hat. Blinder betrachtet es ebenfalls als eine Notwendigkeit für zielgerichtete geldpolitische Maßnahmen, dass diese von den Vorgängen der Politik abgeschottet bleiben. Ruhe, Geduld und die Inkaufnahme zwischenzeitlicher Durststrecken sind für ihn notwendige Bedingungen. Blinder sieht diese Notwendigkeiten auch im Kontext von Gesundheits- und Umweltpolitik.

Ein weiteres Beispiel für die Starrheit der Demokratie sieht Z. im Steuerwesen: Die Komplexität des Steuerrechts und der damit verbundene enorme bürokratische Aufwand, sind ein Produkt demokratisch orientierter Politik, die Steuern nutzt um gezielt, aber diskret, zu subventionieren. Würden diese Subventionen offenkundig übermittelt, würde dies auf massiven Widerspruch vonseiten des Volkes stoßen, durch ein behutsames Anheben der Steuersätze, wird dem vorgebeugt.

Das Prinzip der Delegation ist in den Entwicklungsländern noch wichtiger, als im westlichen Kontext, da dort wesentlich mehr auf dem Spiel steht. Z. erwähnt, dass jene Länder die in der Vergangenheit den Sprung aus dem Status eines Entwicklungslandes geschafft haben, durchwegs liberale Autokratien waren, wie bspw. Südkorea, Taiwan, Chile oder China. Indien hingegen, wird in seinem Progress, durch die Scheu der Politiker dem Wähler Ungemach zuzumuten, gebremst.

Zakaria betont an dieser Stelle, dass von den islamischen Ländern gegenwärtig ein gefährlicher Balanceakt gefordert wird: sie müssen wehrhaft genug bleiben, um dem Terrorismus entgegen halten zu können, sollen gleichzeitig aber demokratisch genug sein, um den extremistischen Oppositionen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Obwohl Zakaria die negativen Aspekte der Politik in der Demokratie stark akzentuiert, tritt er nicht für eine Abschaffung dieser ein, er betrachtet sie als ein wichtiges Element, da durch sie das Volk seinen Willen artikulieren kann. Er kritisiert aber die „Demokratisierungswut“, die im Moment wütet, und sagt voraus, dass sie das kulturelle Gefüge irreparabel beschädigen wird. Kurzfristige Interessen dominieren das Geschehen, die potenziellen Interessen der

kommenden Generationen werden ausgeblendet. Durch die zunehmende Demokratisierung wird die Selbstverwaltung der Völker in Frage gestellt werden und die Bereitschaft für Heilsversprechen hetzender Demagogen wieder aufkeimen. Diesen Prozess sieht Zakaria in der jüngeren Vergangenheit, vor allem Europas, bestätigt.

Es ist Aufgabe des modernen Staates weltpolitische und demographische Herausforderungen zu meistern und dabei gleichzeitig die Demokratie zu sanieren – Entscheidungsprozesse zu straffen, das Mehrheitsprinzip gegen den Konstitutionalismus abzuwerten, sowie geschädigte Institutionen zu revitalisieren. Die schwierigste Aufgabe sieht Zakaria darin, die Mächtigen dazu zu bringen sich ihrer sozialen Verantwortung zu stellen.

Kritische Überlegungen zu Zakarias Demokratiekonzept

Die Kritikpunkte, die Zakaria anführt, haben alle ihre Berechtigung und gehen uns auf eine gewisse Weise auch nahe. Ich denke es ist nicht unangebracht anzunehmen, dass ein jeder denkende Mensch, der an einer modernen Demokratie partizipiert, mindestens einen der von Zakaria geäußerten Zweifel in einer annähernd gleichen Form bereits selbst entwickelt hat. Die Vorgänge auf höchster Regierungsebene erscheinen uns kaum nachvollziehbar, intransparent und oftmals auch unangebracht. Dass diesen Vorgängen eine Vielzahl, wenig bis kaum überschaubarer Mechanismen zugrunde liegt, blenden wir oft aus – insofern hat Zakaria mit seiner Kritik, wir trauen dem normalen Bürgern wenig zu, aber dass er fähig ist über Maßnahmen auf höchster politischer Ebene zu urteilen, betrachten wir als selbstverständlich, absolut recht.

Der wichtigste Gedanke den Zakaria im Zuge seiner Analyse äußert ist jener, dass es Aufgabe des Staates ist, eine Struktur zu schaffen, durch die sich die Mächtigen veranlasst sehen, sich ihrer sozialen Verantwortung zu stellen. Genau an diesem Punkt liegt die Crux: Veränderungen an der Besteuerung, Zuschüsse für die Unterprivilegierten, dies alles mögen Maßnahmen mit guten Intentionen sein, haben allerdings immer den Charakter einer Nötigung. Das Ergebnis: Wohlhabende, genauso wie Firmen, verlagern ihre Standorte in Regionen, in denen sie günstigere Konditionen auffinden. Um dies zu verhindern, müssen die Staatstragenden genauso versucht sein, der Wirtschaft und ihren Machthabern die Laune nicht zu sehr zu verderben, wie sie darauf achten müssen, das Volk zumindest so weit zufrieden stellen, dass eine Wiederwahl wahrscheinlich scheint. Um hier wirklich eine Besserung zu erzielen bedarf es einer Veränderung im Denken der Mächtigen in der Wirtschaft: Sie müssen

es als relevant betrachten, das Wohlergehen der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, selbst wenn es mit dem Primat der Gewinnoptimierung nicht korrelieren mag.

Gegenwärtig scheint die Tendenz sich in die exakt entgegen gesetzte Richtung zu entwickeln: Das Denken der Anteilseigentümer, deren Wunsch es immer ist, den Kurs ihrer Anteile möglichst hoch steigen zu sehen, und die Schicksale der Arbeitnehmer in diesem Zusammenhang ausblenden müssen, scheint Schule zu machen. An diesem Punkt ist Zakarias Argumentation auch absolut nicht schlüssig: Er sieht das Schema des Anteilseigentums als positiv an, da so Kompetenzen an eine erfahrene, ausgebildete Führungsriege übertragen werden können, gleichzeitig die Maßnahmen eben dieser höchsten Etage, einer konstanten Kontrolle unterliegen, da die Aktionäre letztlich nur ihr Veto einbringen müssen, wenn sie mit den Handlungen unzufrieden sind. Dies scheint allerdings völlig unvereinbar mit der geäußerten Forderung, die Mächtigen und Finanzkräftigen hätten mehr soziale Verantwortung zu übernehmen: Wer das Effizienz-orientierte Aktionärsdenken wirklich absorbiert hat, kann es sich nicht leisten soziale Verantwortung zu übernehmen – denn dies bedeutet ab einem gewissen Punkt, immer die Maximierung des eigenen Gewinns aufzugeben.

Ob ein solches System, das es den Mächtigen auferlegt soziale Verantwortung zu übernehmen, überhaupt realisierbar ist und wie ein solches aussehen könnte, ist eine überaus schwierige Frage, in deren Beantwortung noch etliche Jahre menschlichen Denkens, und Phasen des Trial & Error fließen werden. Dass dies allerdings die nächste große Herausforderung für die moderne Demokratie sein wird, steht außer Frage.

Literatur

Zakaria, Fareed: *Das Ende der Freiheit? Wieviel Demokratie verträgt der Mensch?* 230-246. München. 2007.